

UWA-Fraktion • Volksdorfer Weg 35 • 22949 Ammersbek

Frau Bürgervorsteherin Ingeborg Reckling,  
Herrn Bürgermeister Horst Ansén  
Am Gutshof 3

22949 Ammersbek



F R A K T I O N

Fraktion der Unabhängigen Wählergemeinschaft Ammersbek

Volksdorfer Weg 35

22949 Ammersbek

Ammersbek, 16.09.2015

## **Antrag: Resolution gegen die Schließung der Polizeistation in Ammersbek**

Sehr geehrte Frau Reckling,  
sehr geehrter Herr Ansén,

die Fraktion der Unabhängigen Wählergemeinschaft Ammersbek beantragt, die Gemeindevertretung möge in ihrer nächsten Sitzung beschließen:

Die Gemeindevertretung Ammersbek fasst folgende Resolution:

"Die Gemeindevertretung Ammersbek lehnt die Schließung der örtlichen Polizeistation ab. Es ist ihr unverständlich, dass eine Gemeinde, deren Einwohnerzahl nahezu die Grenze zur Stadtgröße erreicht, keine Polizeidienststelle mehr im Ort haben soll. Die Gemeinde Ammersbek ist durch ihre Lage im sogenannten Speckgürtel der Stadt Hamburg einer erhöhten Gefährdung ausgesetzt. Dies wird durch die stetig steigende Zahl von Einbruchsdelikten bestätigt. Darüber hinaus stellt die Präsenz der Polizei vor Ort eine wichtige Präventionsmaßnahme im Hinblick auf die Integration von neuen Einwohnerinnen und Einwohnern dar.

Die Gemeindevertretung appelliert an den Innenminister, einem Organisationsantrag der Polizeidirektion Ratzeburg, der die Schließung der Polizeidienststelle in Ammersbek vorsieht, nicht zuzustimmen."

Der Bürgermeister wird aufgefordert, das Innenministerium von diesem Beschluss schriftlich in Kenntnis zu setzen.

Fraktion der Unabhängigen Wählergemeinschaft Ammersbek

Volksdorfer Weg 35  
22949 Ammersbek

Fraktionsvorstand:  
Holger Spanehl  
(Vorsitzender)

Gordian Okens  
(stellv. Vorsitzender)

Kontakt:  
Tel.: (0 40) 64 41 34 80  
E-Mail: [fraktion@uwa-ammersbek.de](mailto:fraktion@uwa-ammersbek.de)

Internet: <http://www.uwa-ammersbek.de/fraktion>

Bankverbindung:  
IBAN: DE69 2306  
2124 0001 0234 42  
BIC: GENODEF1BAR  
Raiffeisenbank eG,  
Bargteheide

## **Begründung:**

Das von der Polizeidirektion Ratzeburg erstellte Organisationsentwicklungskonzept, welches die Schließung der Polizeistation in der Gemeinde Ammersbek vorsieht, führt zu einer nicht akzeptablen Verschlechterung der Polizeipräsenz in der Gemeinde Ammersbek.


- Im sogenannten Speckgürtel von Hamburg sind in den letzten Jahren die Einbruchszahlen deutlich gestiegen. Dies wurde zuletzt auch durch eine von der Polizei veröffentlichten Auswertungen dokumentiert.
- In den vergangenen Monaten sind mehrfach Überfälle auf örtliche Supermärkte verübt worden.
- Es wurden in den Abend- und Nachtstunden mehrfach Überfälle auf mit der U-Bahn heimkehrende Ammersbeker Bürger verübt. Hier ist es bereits zu einer deutlichen Verschlechterung der Situation gekommen, da die Polizeistation nur noch tagsüber besetzt ist.

Durch die Nähe zur Stadt Hamburg ist die Gemeinde einer erhöhten Gefährdung ausgesetzt. Obwohl die derzeitige Präsenz die o.g. Verbrechen nicht verhindern konnte, sorgt die Präsenz und das zeitnahe Erscheinen der Einsatzkräfte für ein Sicherheitsgefühl bei der Bevölkerung. Durch die Schließung der örtlichen Polizeiwache wird dieses Sicherheitsgefühl geschwächt und im schlimmsten Fall steigt die Verbrechensrate sogar an.

Angesichts der Herausforderungen, denen sich die Gemeinde Ammersbek – ebenso wie alle Gemeinden im Land – stellen muss, ist die Schließung von Polizeistationen ein denkbar schlechtes Signal seitens der Landesbehörde für die Bevölkerung. Im Hinblick auf die Präventionsmaßnahmen im Zuge der Integration von neuen Einwohnerinnen und Einwohnern ist die Präsenz der Polizei ein wichtiges Signal für alle betroffenen Gemeinden.

Darüber hinaus stärkt eine örtliche Polizeidienststelle auch das Sicherheitsgefühl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung. Unabhängig von der Herkunft der Mitmenschen ist gerade in sensiblen Bereichen, wie im Sozialbereich oder in der Vollstreckung, mit unvorhersehbaren Reaktionen zu rechnen. Die UWA-Fraktion weist darauf hin, dass in den letzten Jahren vermehrt Behördenmitarbeiter von Mitbürgern und Mitbürgerinnen angegriffen wurden. Bei einer mindestens zehnmütigen Anfahrt der Polizei – sei es aus Bargteheide oder Ahrensburg – ist die Sicherheit der betroffenen Mitarbeiter gefährdet.

Mit freundlichen Grüßen



**Holger Spanehl**  
(Vorsitzender)



**Gordian Okens**  
(stv. Vorsitzender)